

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

18.9.1929 (No. 217)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigebekämpfung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche auf die Zeitung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Völkerbundstagung

Völkerbundspakt und Kriegsschlichtungspakt

Die juristisch und politisch sehr interessante Frage der Anpassung des Völkerbundspaktes an den Kriegsschlichtungspakt wurde Mittwoch nachmittags im Rechtsausschuß der Völkerbundversammlung in Genf beraten und nach 4stündiger Aussprache dem Interaktionskomitee übergeben.

Der englische Kronjurist Sir Cecil Hurst begründete den englischen Antrag auf Abänderung der Artikel 12 und 15, wozu er vier formulierte Vorschläge machte. Die wichtigste Abänderung betrifft den Artikel 12. Es soll nämlich die Bestimmung, daß in keinem Falle vor Ablauf von drei Monaten nach dem Spruch des Schiedsgerichts zum Krieg geschritten werden darf, diese zeitlich beschränkte Verpflichtung fallen gelassen werden, da sie in offenem Widerspruch zum Kelloggspakt steht. Die übrigen von England vorgelegenen Änderungen betreffen die Artikel 13 und 15. Damit soll auch im Völkerbundspakt dem Grundgedanken des Kelloggspaktes mit seinem Verzicht auf den Krieg als Mittel der nationalen Politik Rechnung getragen werden.

Dänemark, Norwegen, Schweden und Holland warnten demgegenüber vor einer übereilten Revision. Es sei gefährlich, dem Kelloggspakt in Abwesenheit der Vereinigten Staaten von Amerika und Russlands eine authentische Interpretation zu geben, da der Kelloggspakt weder ein absolutes Kriegsverbot noch Sanktionen enthalte. Der belgische Rechtskonsulent Molin befürwortete dagegen die englischen Abänderungsanträge. Der Vertreter Perus, Cornejo, interpretierte den Kelloggspakt als absolutes Verbot, daß irgendein Staat zur Vergeltung seines Gebietes oder zur Verteidigung seiner Lebensinteressen zum Kriege schreiten dürfe. Der Kelloggspakt verbiete nicht nur den Angriffskrieg, sondern auch den Siegesfrieden. Zwischen dem Völkerbundspakt und dem Kelloggspakt müßten daher noch Bestimmungen gestellt werden, dahingehend, daß bei einer Verletzung des Kelloggspaktes der Völkerbund eingegriffen hätte, um zu verhindern, daß im Falle eines Krieges das Gebiet eines Völkerbundstaates geändert wird.

Die Vereinigten Staaten von Europa

Die Frage der Bildung der Vereinigten Staaten von Europa ist von den leitenden Persönlichkeiten der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundsekretariats, Sir Arthur Salter (England) und Dr. Stoppani (Italien) in zwei inhaltlich gleichen und sich ergänzenden Denkschriften untersucht worden, die sie jetzt den Völkerbundsdelegierten zugestellt haben.

Nach einer scharfen Kritik daran, daß die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz sich bei den Regierungen nicht durchgesetzt haben, und einem Hinweis auf die wachsende Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika sieht Sir Arthur Salter den aussichtsreichsten Weg in wirtschaftlichem Zusammenschluß, der aber ohne die nötige politische Grundlage nicht Tatfache werden könne. Er empfiehlt die Gründung einer Staatengemeinschaft, die den Ländern aller Kontinente unter gleichen Bedingungen zum Beitritt offenstünde. Der Grundgedanke des wirtschaftlichen Zusammenschlusses soll in der weitest gehenden Anwendung der Weisheitsbestimmungen bestehen. Die einleitenden Verhandlungen sollen zunächst auf die Herabsetzung der Zölle abzielen. Der Verfasser untersucht zum Schluß in seiner Denkschrift die zu erwartende Reaktion der USA. gegen die ersten praktischen Folgen eines solchen wirtschaftlichen Zusammenschlusses.

Die zweite Denkschrift des Italieners Stoppani enthält eine Reihe von Grundgedanken und praktischen Vorschlägen für den Abschluß eines „Paktes der wirtschaftlichen Solidarität“, der allen Staaten und allen Kontinenten zugänglich wäre.

Aussprache über Mandatsfragen in Genf

In der politischen Kommission in Genf wurde am Samstag die Aussprache über den Bericht der Mandatskommission fortgesetzt. Es entstand eine theoretische Debatte über die Frage, ob die Mandate zeitlich begrenzten oder dauernden Charakter hätten.

Italien erklärte mit allem Nachdruck, den Charakter der Mandate für provisorisch. Frankreich erhob dagegen sofort scharfen Einwand. Der englische Vertreter vertrat den Standpunkt, daß die Mandate durch die alliierten und assoziierten Mächte seinerzeit verteilt worden seien und zwischen diesen auch gewechselt werden könnten.

Zum Schluß der Debatte gab Staatssekretär v. Schubert eine kurze Erklärung, in der er der italienischen Auffassung, nach der die Mandate nur einen temporären Charakter hätten, nachdrücklich beitrug. Er wolle sich — so erklärte von Schubert — jetzt auf keine juristischen Auseinandersetzungen einlassen, er müsse aber gegenüber der englischen Auffassung über die Verteilung und den Wechsel der Mandate sofort einen allgemeinen Vorbehalt einlegen.

Der unstrittene § 4 des Volksbegehrens

Das Präsidium des Reichsausschusses für das Volksbegehren ist zum 21. September einberufen worden, um sich mit den Zweifelsfragen zu beschäftigen, die insbesondere durch die Formulierung des Gesetzesentwurfes entstanden sind. Auf dieser Tagung wird auch über das Verlangen des Reichslandbundes und der Christlichnationalen Bauernpartei, den § 4 des Gesetzesentwurfes (Landesvertragsbestimmungen) wieder zu streichen, entschieden werden.

Laut „D. A. Z.“ hat sich nunmehr auch der Stahlhelm dem Protest des Reichslandbundes und der Nationalen Bauernpartei gegen den § 4 angeschlossen. — Die Nationalsozialisten verbarren ultimativ auf der Beibehaltung des umständlichen Paragraphen. Für den 20. September sind Beratungen zwischen den führenden Persönlichkeiten der Christlichnationalen Partei über die Lage vorzuziehen.

Letzte Nachrichten

Um die Reform der Arbeitslosenversicherung

Versprechung der Regierungsparteien

Br. Berlin, 18. Sept. (Tel.) Im Reichstag begann um 11 Uhr die interfraktionelle Besprechung der Führer und der Sozialpolitiker der Regierungsparteien über die Reform der Arbeitslosenversicherung. Vom Reichskabinett nahmen Reichsarbeitsminister Wiffell, Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, Reichsinnenminister Severing und der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, an den Verhandlungen teil. Die vier Minister hatten vorher eine Aussprache über diese Probleme im engsten Kreise.

Italien und der Vatikan

Eine neue Papstrede

Br. Rom, 18. Sept. (Tel.) Die Zeitung „Popolo di Roma“, die gestern, wie andere Blätter, den Papst scharf angegriffen hatte, ist zwei Stunden nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt worden.

Der „Observatore Romano“ veröffentlichte gestern abend eine neue Papstrede, die wiederum an die Mitglieder des katholischen Jugendverbandes und außerdem an die geistlichen Leiter des Verbandes gerichtet war und dasselbe Thema behandelte wie die Sonntagpredigt des Papstes.

Die Abrüstung zur See

Englische Einladung zu einer Fünfmächtekonferenz

Br. London, 18. Sept. (Tel.) „Times“ meldet: Premierminister MacDonald hat die französische, die italienische und die japanische Regierung davon verständigt, daß Anweisungen an die britischen Botschafter in Paris, Rom und Tokio ergangen sind, die drei Regierungen zur Teilnahme an einer Fünfmächtekonferenz über die Abrüstung zur See einzuladen. Es wird beabsichtigt, daß die Konferenz in der dritten Januarwoche nächsten Jahres in London zusammentreten soll.

Die Regierung der Vereinigten Staaten, die sich an der Einladung beteiligt, wird ihren diplomatischen Vertretern in den genannten Ländern gleiche Anweisung geben. Die britische und die amerikanische Regierung werden der Vollkonferenz die Einzelheiten ihrer provisorischen Vorschläge mitteilen und den eingeladenen Regierungen zu verstehen geben, daß ein günstiges Ergebnis nicht ohne ihre vollständige und sympathische Mitarbeit erreicht werden kann, besonders in der Frage der Einschränkung der Tonnage der Zerstörer und U-Boote.

Adelsgenossenschaft politisch

Reichswehrminister Gröner hat laut „Voss. Zig.“ auf Grund des § 37 des Wehrgesetzes, der den Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen oder Verbänden verbietet, die deutsche Adelsgenossenschaft für politisch erklärt. Diese Verfügung des Reichswehrministers bedeutet für sämtliche Offiziere der Reichswehr und Reichsmarine den Befehl, aus der Adelsgenossenschaft sofort auszutreten.

Der Befehl ist, wie das Blatt erklärt, erlassen worden, weil in den Blättern der Adelsgenossenschaft unqualifizierbare Angriffe gegen die Reichsregierung und deren Mitglieder veröffentlicht worden sind, und weil die Adelsgenossenschaft sich aktiv an dem Volksbegehren von Eugen-Berg-Stricker beteiligt.

Winnenshiffahrtstagung in Magdeburg

In Magdeburg tagte der Große Ausschuß des Zentralvereins für Binnen-Schiffahrt, Sitz Berlin. Zu Beginn der Sitzung wurde mitgeteilt, daß im Zusammenhang mit dem Mitteleuropäischen Schiffsahrtstag im letzten Jahre eine Geschäftsordnungstagung des Hauptausschusses in Stuttgart stattgefunden werde. Weiter wird 1931 eine Hauptversammlung in Mannheim und 1933 eine solche in Breslau abgehalten.

Dann sprach der Direktor der Magdeburger Elbstrombauverwaltung, Dr. Zander, über den Stand der Arbeiten am Mittelkanal und am Südfügel. U. a. wies er der Fortschritte darauf hin, daß neben der Förderung der Schiffahrt und Industrie auch die Hebung und Förderung der Landwirtschaft mit dem Bau des Kanals verbunden werden soll. Es sei in Aussicht genommen, etwa 14 000 Hektar Landstriche teilweise durch Verbesserung, teilweise durch Auffüllung mit Kanalbaggern, auf eine höhere Kultur zu bringen. Bis 1937 soll der Kanal fertig werden.

In einer Entschließung wurde zu der bei den letztjährigen Niedermarschkatastrophen hervorgerufenen Notlage der Elbschiffahrt Stellung genommen. Der Ausschuß hält den alsbaldigen Beginn und die schnelle Durchführung der Niedermarschregulierung der Elbe und der Saale für geeignete Mittel, um eine Wiederholung solcher Katastrophen zu vermeiden. Auf Anregung des Reichsministers a. D. Goelke wurden ähnliche Wünsche auch für die Oder in die Entschließung aufgenommen.

Das Reichskabinett hat am Dienstag eine Sitzung abgehalten. Es beschäftigte sich mit den kommenden deutsch-französischen Saarverhandlungen und den Beschlüssen des Reichsrats zur Reform der Arbeitslosenversicherung. — Am 3. Oktober soll eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder zwecks Berichterstattung über die Haager Verhandlungen stattfinden.

* Zur außenpolitischen Lage

IV.

Wenn man das Ergebnis der Haager Konferenz nur unter dem reparationspolitischen Gesichtswinkel betrachten wollte, dann würde sich immer wieder in das Gefühl der Genugtuung darüber, daß der Youngplan akzeptiert worden ist und nur im Vergleich zum Dawesplan eine bessere Grundlage für die Zukunft bietet, der Unmut darüber mischen, daß man auch diesmal wieder zu der alten Methode der Brutalisierung Deutschlands zurückgegriffen hat. Mag es sich dabei auch um eine Angelegenheit gehandelt haben, deren finanzielles Gewicht nicht überschätzt werden darf. Und daß sich England, und zwar das England der neuen Arbeiterregierung, an dieser Brutalisierung mitbeteiligt hat, verringert diesen Unmut gewiß nicht.

Aber wir haben gestern schon an dieser Stelle betont, daß es unzulänglich wäre, die Bedeutung dieser Affäre zu übertreiben. In der Politik hat man immer mit unangenehmen Zwischenfällen, mit Majorisierungen und Verständnisschwierigkeiten zu rechnen. Und wir wollen nicht vergessen, daß auch das Deutschland vor dem Kriege bei einzelnen Gelegenheiten vor dem Kompakten Willen aller übrigen Mächte zurückweichen mußte; wir brauchen ja nur an die Konferenz von Algéciras zu erinnern. Betrachtet man zudem die Haager Konferenz und den Youngplan so, wie wir das gestern taten, dann wird man sich erst recht nicht über die Dinge gar zu sehr aufregen, weil ja auch der Youngplan nur als ein Glied in einer längeren Kette zu gelten hat, und der durch den Youngplan geschaffene Zustand für uns auch nur einen Übergang darstellt, einen Übergang zu besseren und erträglicheren Abmachungen.

Die größte Tugend des deutschen Politikers von heute ist die der klug abwartenden Geduld. Geduld ist nicht lammsfrommes Sich-Ergeben, und Geduld ist nicht feige Lässigkeit. Die Weltgeschichte lehrt, daß die besten und reifsten Früchte allemal den geduldigsten Staatsmännern zugefallen sind. Und gewisse heroisch-dramatische Ereignisse der Weltgeschichte dürfen uns von dieser Einsicht nicht ablenken.

Nun kommt aber noch ein anderes Moment hinzu, das uns geradezu zwingt, das Ergebnis der Haager Konferenz in einem günstigen Lichte zu sehen, nämlich die in Haag vereinbarte Regelung des Räumungsproblems. Wenn man noch vor einem oder einem halben Jahre einem Politiker der Opposition in Deutschland gesagt hätte, im Sommer 1929 werde von unsern früheren Gegnern die vorzeitige Räumung der Rheinlande in aller Form zugestanden werden, dann wäre man sicherlich für einen unheilbaren Optimisten und Schönredner gehalten worden. Heute nun ist dieses Ziel erreicht. Es liegt eine bindende Abmachung vor, an der gar nicht gerüttelt werden kann, weil ihr Wortlaut vollkommen klar ist. Bis zum 30. Juni 1930 muß das gesamte, besetzte Gebiet geräumt sein. Der 30. Juni 1930 ist wohlverstanden der äußerste Endtermin. Sicher wird die Räumung im großen und ganzen schon früher vollzogen sein. Und was sich an Räumungsmaßnahmen noch bis in den Mai und Juni 1930 hineinzieht, wird wahrscheinlich nur geringfügiger Natur sein. Im übrigen werden ja die Engländer und Belgier schon jetzt räumen.

Auch hier war es wieder die Haltung des Kabinetts MacDonald, welche die Situation für uns ganz wesentlich erleichtert und verbessert hat. In Paris wußte man, daß die Engländer unter allen Umständen im September dieses Jahres abziehen würden. Eine Weigerung Frankreichs, auch seinerseits die vorzeitige Räumung zu bewilligen, würde die beiden Kabinette, das von London und Paris, in einen recht fatalen Gegensatz gebracht haben. Und was Deutschland betrifft, so hätte zweifellos die Weiterexistenz der Locarno-Politik auf dem Spiele gestanden. Da nun der Youngplan nach dem Worte Poincaré Frankreich durchaus zufriedenstellte, und unsere Delegation im Haag die neuen uns aufgebürdeten Belastungen um des höheren Gewinnes willen akzeptierte, konnte es für Frankreich kaum noch einen Grund geben, die Räumungsfrage weiterhin auf die lange Bank zu schieben.

Es ist selbstverständlich, daß der Youngplan erst ratifiziert und die ersten organisatorischen Schritte zu seiner Verwirklichung getan sein müssen. Das ist lediglich die Vorbereitung einer Formfrage, so, wie die Dinge liegen. An der Durchführung der Räumung ist also gar nicht zu

zweifeln. Wenn einzelne nationalistisch gefärbte Blätter in Paris versuchen, die Bedingungen anders darzustellen, so sind das recht kindliche Manöver. Der Wortlaut der Abmachungen im Haag gibt zu spitzfindigen Interpretationen keinen Anlaß, und wir glauben auch nicht, daß die französische Regierung die Absicht hat, mit der Angelegenheit ein unehrliches Spiel zu treiben.

Staunen und Befremden müßte es erregen, wenn die Meldung bestätigt würde, daß Briand erklärt hat, auch nach der Räumung werde Frankreich unter Umständen das Recht haben, deutsche Gebiete zu besetzen, dann nämlich, wenn Deutschland böswillig mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen im Rückstand bleibe. Die Möglichkeit einer solchen Böswilligkeit scheidet natürlich von vornherein aus. Aber selbst dann, wenn sie von Frankreich geglaubt würde, hätte Frankreich nicht das mindeste Recht, eine Besetzung vorzunehmen. — Das würde allen Abmachungen und den Satzungen des Völkerbunds vollkommen widersprechen. Wir nehmen an, daß die Ausrufung Briands falsch verstanden worden ist. Im übrigen ist dieser Tage die Haltung der französischen Delegation im Haag vom Ministerrat in Paris gebilligt worden.

Das letzte, wichtige Zugeständnis, das Frankreich bei der Haager Konferenz gemacht hat, bezieht sich auf die nunmehr zu eröffnenden Verhandlungen über die vorzeitige Räumung des Saargebiets. Diese Verhandlungen werden genau so schwierig sein, wie die bisherigen über die Reparationsfrage und das Räumungsproblem. Aber wir zweifeln nicht daran, daß auch sie in absehbarer Zeit zum Ziele führen werden.

Im ganzen hat sonach die Haager Konferenz mit einem 90prozentigen Erfolg für uns geendet. Welcher Patriot wollte sich darüber nicht freuen? Vor allem die uns fest zugesicherte, vorzeitige Räumung — sie erfolgt für die dritte Zone fünf Jahre vor dem im Friedensvertrag von Versailles vorgesehenen Termin — muß jedes deutsche Herz höher schlagen lassen. Und vielleicht sind die Sommerhike und ein gewisses Abgekämpftsein der Nerven in Deutschland daran schuld, daß man sich bisher über diesen Erfolg öffentlich noch nicht so rückhaltlos gefreut hat, wie man das eigentlich hätte erwarten sollen.

Zwölfter Kongress der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt a. M.

In Frankfurt a. M. wurde am Sonntag der zwölfte Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der vom 12. bis 18. September tagt, in Anwesenheit von etwa 245 Kongressbelegierten sowie der Reichsminister Wiffell und Dr. Stegerwald sowie des preussischen Wohlfahrtsministers Dr. Dietrich eröffnet.

Reichsarbeitsminister Wiffell führte in einer Rede u. a. aus, daß in der Gewerkschaftsbewegung alles Trendende möglichst zurückgedrängt und das Einigende in den Vordergrund gerückt werden müsse. Zwischen christlichen und freien Gewerkschaften bestehe in dem Kampfe um grundsätzliche soziale Errungenschaften kein Meinungsunterschied. Er habe Berlin mit der Hoffnung verlassen, daß die Beratungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung doch noch zu einer tragbaren Lösung führen würden. Die Beratungen hätten mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie tief der Versicherungsgedanke in der deutschen Volkseele verankert sei und wie wenig die Arbeitnehmererschaft gewillt wäre, daran rütteln zu lassen.

Reichsminister a. D. Dr. Sieberts hielt ein Referat über „die christlichen Gewerkschaften und das deutsche Volk“, während Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald daran erinnerte, daß heute wieder Kräfte zum Vorschein kämen, die den privilegierten Staat von 1914 bildeten, und daß die Arbeiterschaft diesen gegenüber zäh am Ertrungenen festhalten müsse. Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Brauns führte u. a. aus, daß die auf sozialpolitischem Gebiet erzielten Erfolge nur erzielt wurden, weil eine starke Gewerkschaftsbewegung dahinter gestanden sei.

Badisches Landestheater

Das Rheingold

Ähnlich dem Schauspiel beginnt auch die Oper des Badischen Landestheaters ihre Saison mit einem der größten und schwierigsten Werke der Literatur. Man mußte freilich gerade bei dem Versuch, die Spielzeit mit Wagners „Ring des Nibelungen“ zu eröffnen, ein bißchen Angst haben. Denn die Vorfrist der erst seit Mitte August wieder in Gang gekommenen Proben schien recht knapp, und außerdem war zu befürchten, daß man mit allen Ferienretardationsmomenten und den vielen neuen Kräften im Personal durchaus nicht zum Termin perfekt sein werde. Aber wenn auch — nicht zuletzt der anhaltenden Hitze wegen — eine Verschiebung des sommerlichen Datums um 14 Tage herbstlicheren Klimas sehr wohl zu verantworten gewesen wäre, an sich ist es trotzdem zu begrüßen, daß die Landesbühne gleich zu Anfang eines der Hauptwerke von Wagner, das in den letzten Jahren bei der Verteilung von Neueinstudierungen und Neuinszenierungen etwas stiefmütterlich behandelt wurde, einer gründlichen — musikalischen wie szenischen — Erneuerung unterworfen wird. Nun gäbe allerdings dies alles willkommenen Anlaß, sich erneut zugleich mit Wagners Schaffen auseinanderzusetzen und seine Stellung der heutigen Generation gegenüber, die zweifellos eine andere geworden ist, genauer zu umschreiben. Doch soll derlei mehr theoretische Diskussionen ebenso wie eine kritische Zusammenfassung des jetzt gebotenen optischen und akustischen Bildes erst einem Schlußbericht überlassen sein und zunächst ganz einfach festgesetzt werden, daß für „Das Rheingold“ eine Aufführung immerhin zustande kam, die sich recht gut sehen und hören lassen konnte. Hatte man auch im orchestralen Vorpiel noch den Eindruck, daß sich das von Wagner angestrebte Klangbild der wogenden Wasserflut kaum realisieren werde, so brachte doch gleich der Rheingrund mit Alberich und den drei singenden Rheintöchtern, die sich freilich infolge der nicht vorzüglich genug durchgeführten technischen Neuerung zuweilen noch um eine mischschwimmende Rixe vermehrten, einen sehr stimmungsvollen Auftakt. Auch die im zweiten Bild mächtig aus dem Nebel auftauchende Burg Walhalla ist von einer gewissen Großartigkeit, während ebenso das Nibelheim mit der nötigen düsteren Phantastik ausgestattet ist. Natürlich konnte auch Torsten Deht, der Bühnenmaler, dem diffizilen Problem der Schlussszene mit dem verächtlichen

„Graf Zeppelins“ Nordwestdeutschlandreise Begrüßung Edeners

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute, Mittwoch morgen, wieder nach Friedrichshafen zurückgekehrt und dort 7.24 Uhr glatt gelandet.

Das Luftschiff nahm am Dienstagmittag von Westfalen aus Kurs nach Bremen, von wo es auf die Nordsee hinausflog. Dort erfolgte nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr die Begegnung mit dem Dampfer „New York“. Dr. Edeners sandte von Bord ein Begrüßungstelegramm an Kapitän Lehmann. Um 16.40 Uhr erschien das Luftschiff über Kuzhoben, um 18.10 Uhr über Hamburg. Das Luftschiff machte dann eine Fahrt nach Lübeck und nach Mecklenburg und erschien 21.20 Uhr erneut über Hamburg. Als sich die „New York“ Kuzhoben näherte, begrüßte das Luftschiff den Dampfer. Als Dr. Edeners in Kuzhoben das Schiff verließ, wurde ihm auf dem Weg zum Bahnhof ein jubelnder Empfang der wartenden Menge bereitet. Ein gleich herzliches Willkommen empfing ihn bei der Ankunft in Hamburg am 21. Uhr. Die Rückreise des „Graf Zeppelin“ erfolgte über Hannover, Thüringen und Niederbayern. Heute morgen 6 Uhr wurde ihm passiert.

Reichspräsident von Hindenburg an Dr. Edeners

WTW. Berlin, 18. Sept. (Tel.) Das Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten an den gestern abend in Hamburg eingetroffenen Dr. Edeners hat folgenden Wortlaut:

„Seien Sie herzlich willkommen in der Heimat und nehmen Sie erneut den Ausdruck meines besonderen Dankes und meiner aufrichtigen Anerkennung für die hervorragende Leistung entgegen, die Sie und Ihre Mitarbeiter durch die Luftfahrt des „Graf Zeppelin“ um die Welt vollbracht haben. Meine besten Wünsche begleiten Ihre weiteren Pläne und Ihre künftige Arbeit.“

„Verbaut bedauere ich, Sie wegen meiner Abwesenheit von Berlin jetzt nicht persönlich begrüßen zu können, ich hoffe aber, Sie bei späterer Gelegenheit in Berlin zu sehen. Mit freundlichen Grüßen gez. von Hindenburg.“

Der Eisenbahnprozess in München

In dem Prozess wegen des Eisenbahnunglücks in Münchener Hauptbahnhof am 15. Juli v. J. kamen am Dienstag die Sachverständigen zu Wort. Professor Halter von der Technischen Hochschule in München betonte, mit den vorhandenen Mitteln hätte eine verlässliche Sicherung des Meldewesens nicht erzielt werden können. Am kritischen Tage sei alles kreuz und quer gegangen, und es sei verständlich, daß bei dem Stellwerksbeamten ein Irrtum bezüglich der Meldung über die Durchfahrt des Zuges entstand. Bei Vorhandensein ordnungsmäßiger Sicherungsvorrichtungen wäre ein solcher Irrtum unmöglich gewesen. Prof. Pirath von der Technischen Hochschule in Stuttgart erklärte die Anlage auf dem Münchener Hauptbahnhof wohl als ungewöhnlich, aber die Betriebsanordnungen doch so geregelt, daß ein Unfall an sich nicht passieren konnte. Dagegen stelle dieses System an das Personal so außergewöhnliche Anforderungen, daß dieses Personal in bestimmten Zeiten nicht mehr ganz verantwortlich für irgendwelche Folgen gemacht werden konnte.

WTW. München, 18. Sept. (Tel.) In dem Prozess wegen des Eisenbahnunglücks in Juli v. J. erklärte heute der Staatsanwalt die Tatsache, daß in den Betriebsanlagen auf dem Hauptbahnhof in München schwere Mängel vorhanden gewesen seien, sei nicht als Strafausschließungsgrund, sondern nur als wesentlicher Strafmitbestimmungsgrund anzusehen. Die Angeklagten hätten nicht nur Betriebsvorschriften verletzt, sondern sie hätten auch in der kritischen Situation nicht alles getan, was sie nach ihrer Erfahrung und nach ihrer Ansicht hätten tun können. Der Staatsanwalt beantragte dann gegen die Angeklagten wegen je eines Vergehens der fahrlässigen Transportgefährdung in Tateinheit mit einem Vergehen der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung gegen den angeklagten Schaffnergehilfen Mäher einen Monat Gefängnis, gegen die Lokomotivführer Nidel und Albrecht aus Nürnberg je drei Monate Gefängnis gegen den Stellwerksmeister Schell und den Wochwart Schell je fünf Monate Gefängnis und gegen den Lokomotivführer Fischer Freispruch.

Politische Zusammenstöße. In Gernrode am Harz kam es Dienstag abend zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, die eine Protestversammlung gegen den Jungplan veranstaltet hatten, und Sozialdemokraten. Die Schlägerei mit Bierflaschen, Gläsern und Mädeln fand erst ein Ende, als die Polizei mit der blanken Waffe den Saal räumte.

Megenbogen bei den beschränkten Mitteln unserer Bühne keinen überzeugenden Ausdruck geben, noch weniger gelang dem Regisseur Hans Eddras Muckenbacher, der sich im allgemeinen genau an die Wagnerschen Vorschriften hielt, hier eine reifliche Lösung für den Anstieg der Götter über den mächtig hervorragenden Felsen zur Negenbogenbrücke. Aber das sind letzten Endes Dinge, über die man gern hinwegsieht, wenn sich sonst die Inszenierung im Rahmen des Gewohnten, und zwar sehr wirkungsvoll hält, ohne mit ihren Verbesserungs-momenten dem Ganzen Gewalt anzutun. Unter den Sängerdarstellern dürfte wohl der Loge Teus Strads die weit-aus eindrucksvollste Figur gewesen sein, eine mit überzeugender Präzisionsgabe ausgefallene Partie, die, von einem einzigen zu frühen Einsatz abgesehen, genaueste Beherrschung verriet. Für den Wotan, den erstmals Josef Nähr hier sang, auch für den Donner Carsten Dorners war die Verständlichkeit der Worte charakteristisch, die nicht allzuhäufig in Wagner-Aufführungen anzutreffen ist. Beim Niesenpaar dündte der quellende Bariton Franz Schusters (Jasolt) oftmals viel zu edel, wohingegen der düster dreimittelnde und derb gesungene Fafner Adolf Schoepfins viel stärker imponierte. Von den beiden Nibelungen litt Karlheinz Wiers Alberich leider an den entscheidend dramatischen Stellen, beim Raub und bei der Verfluchung des Ringes, schon unter merklicher Ermüdung; wie Karl Lauffütter den Mime anpodie, läßt indessen von seiner Disposition für die künftige Ausgestaltung der Rolle nur Gutes erwarten. Soweit Frauen im Vorabend des Bühnenfestspiels beschäftigt sind, ließ das jetzt von allen Schwimmkünsten befreite Dertzt der Rheintöchter (Else Blau, Ellen Winter und Else Grünwald-Seuffert) hinsichtlich sauberer Intonation kaum einen Wunsch unerfüllt; auch Magda Strad (Frida) und Emmy Seiberlich (Frea) fügten sich dem Ensemble, dem des weiteren noch Wilhelm Rentwig (Kroh) angehörte, trefflich ein. Eine auffallend schöne Stimme lernte man in der Erba von Annelie Susanne Baumhach kennen. Den musikalischen Teil leitete Generalmusikdirektor Josef Krips mit sehr sympathischer Vermeidung des Pathetischen und ohne jede Überbetonung der leitmotivischen Elemente, die als Auffassungsprinzip wohl auch Wagners persönliches Mißfallen erregen würde. Diese aufgeführte Rheingold-Aufführung, die ja erst an die Peripherie der eigentlichen Tragödie herangeführt, läßt jedenfalls von den konfliktreicheren folgenden Abenden Bedeutames erwarten. S. Sch.

Die Raiffeisenverluste

Der vom Preussischen Senat eingeleitete Untersuchungsausschuss über die Kreditgarantie der Raiffeisenbank und der Landbankgenossenschaften, der am 18. September zusammentritt, veröffentlicht bereits das Ergebnis der amtlichen Ermittlungen.

Dieser schildert die Schwierigkeiten, die die Raiffeisenbank durch die Umstellung auf Goldmarkbilanz für die Aufbringung des auf 25,25 Mill. Goldmark bezifferten Aktienkapitals hatte. Am 31. Dezember 1927 waren hieron tatsächlich nur rund 18 Millionen begeben. Die Engagements der Raiffeisenbank betragen im Minimum 1924 10 Mill., erreichten 1926 bis 239 Mill. und stellten sich bis zum 31. März 1929 auf 177,2 Mill. Alles in allem stellt sich der Schaden der Raiffeisenbank im Falle Kralzeff auf 20,6 Mill. Ein sehr großer Teil dieses Verlustes hatte seine Ursache in mangelhafter Prüfung der von Kralzeff gestellten Sicherheiten.

Am 9. Dezember 1924 setzte die Raiffeisenbank einen besonderen Prüfungsausschuss ein. Er kam mit dem Vorstände, dessen Angaben man damals noch weitgehend traute, zu der Überzeugung, daß Ausfälle bei Kralzeff nicht zu befürchten seien. Trotz beträchtlicher Baraufwendungen, die 9000 RM für eine Reise des Prof. Dr. Krause nach Paris, erhielt jedoch die Raiffeisenbank von den Banken nichts als die Mitteilung, daß die vorgelegten Dokumente gefälscht waren. Ausführlich schildert der Bericht noch, wie Raiffeisen bei Berner Riebs und anderen Firmen Millionen verlor.

Ein besonderes Kapitel des Berichts schildert die Verluste des Reichslandbankens, die hauptsächlich auf mangelhafte Geschäftsführung zurückgeführt werden.

Politische Augenzeugenberichte

Die dem Reichsarchiv angegliederte historische Reichskommission, hat sich unter dem Vorsitz Friedrich Meines u. a. die Aufgabe gestellt, das geschichtliche Werden der deutschen politischen Gegenwart zum Gegenstand wissenschaftlicher Erkenntnis zu machen. Sie hat eine bemerkenswerte Neuerung getroffen. Sie befragt durch eine historisch-wissenschaftlich geschulte Kraft Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über ihre Mitwirkung an politischen Ereignissen und fixiert die Resultate dieser Mitteilungen, um auf diese Weise eine Sammlung politischer Augenzeugenberichte zu erhalten, die als Mittel zur Feststellung der historischen Wahrheit dienen sollen.

Der Bauernbund gegen das Volksbegehren

Der bayerische Landwirtschaftsminister Jehr legte gelegentlich einer Bauernbundesversammlung in Niederbayern seine und des Bauernbundes Stellung zu dem Jungplan und zu dem Volksbegehren dar. Er bezeichnete das eingeleitete Volksbegehren als Unfug und Verbrechen. Eine so bedeutame Frage könne niemals auf dem Wege des Volksentscheides geregelt werden, da ein solches Unternehmen zu schwersten Schädigungen für das deutsche Volk ausschlagen könne. Der Bayerische Bauernbund lehne eine Mitwirkung an dem Volksbegehren entschieden ab und werde nie und nimmer an einer solchen Katastrophepolitik sich beteiligen. Die Ausführungen des Ministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Durchführung des Vermahlungszwanges

In einer Erklärung der Führer der „Grünen Front“ wird u. a. behauptet, daß der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in einer Besprechung mit dem Verein Deutscher Handelsmüller bereits Anfang September, soweit gegangen sei, zu erklären, daß das Gesetz über den Vermahlungszwang ein Schlag ins Wasser sei.

Hierzu wird festgesetzt, daß Reichsminister Dietrich bei seiner Gelegenheit, so auch nicht in der Besprechung vom 2. September, mit dem Ausschuss der Reichsmüllerverbände, dem der Verein Deutscher Handelsmüller angehört, darüber Zweifel gelassen hat, daß er an dem Gesetz und seiner Durchführung festhalte. Nach Freitag abend hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei einer großen Versammlung in Mannheim mit aller Deutlichkeit erklärt, daß der Vermahlungszwang rückwärtslos durchgeführt werde.

Seeabrüstungskonferenz nicht vor Januar 1930

Wie der amerikanische Staatssekretär Stimson mitteilte, hat man sich aus technischen Erwägungen entschlossen, die Seeabrüstungskonferenz nicht vor Januar einzuberufen. Staatssekretär Stimson erklärte, daß nicht nur die Vorbereitungen aller Details geraume Zeit in Anspruch nehmen, sondern daß man auch mit Rücksicht auf die Weihnachtstfeier in Europa und die Neujahrsfeier in Japan den Dezember für ungeeignet halte. Weiter verläutet, daß man zunächst informelle Besprechungen mit Frankreich und Italien abhalten wolle, damit die Konferenz selbst möglichst reibungslos verlaufe.

Reichspräsident von Hindenburg hat am heutigen Mittwoch vormittag Berlin verlassen, um einen etwa 14tägigen Erholungs- und Jagdaufenthalt auf dem Lande zu verbringen.

Wegen der Strengstfattetate wurde die gerichtliche Voruntersuchung beantragt.

Umhofer frei gelassen. Nach einer Meldung aus Hannover ist der aus dem Fehmprozess bekannte Feldwebel Umhofer, der dort im Gerichtsgefängnis saß, aus der Haft entlassen worden. Das Wiedererfassungserfahren steht bevor. Die Freilassung sei das Ergebnis der Vernehmung des Fehmetäters Jahlbusch, der bekanntlich vor kurzer Zeit nach seiner Rückkehr aus Amerika, festgenommen worden war. Umhofer war in dem Fehmprozess Wilms ursprünglich zum Tode verurteilt worden.

Vernebelungsversuch in Travemünde

WTW. Travemünde, 18. Sept. (Tel.) Die gestern nachmittag mit circa 40 Apparaten durchgeführte vernebelnde Vernebelung des Land- und Wasserflughafens Travemünde sowie des gesamten Röniger Wid gelang vollständig. In kaum 30 Minuten war das gesamte Gelände im Nebel verschwunden. Die Injassen der zu dieser Zeit über dem Gebiet kreuzenden Land- und Wasserflugzeuge konnten sich davon überzeugen, daß die Vernebelung voll ihrem Zweck erfüllt hat. Noch eine volle Stunde später sah man eine Nebelwand zäh am Boden haften.

Im Königsbau am Augustusplatz in Leipzig brach Dienstag abend Feuer aus, dessen Löschung der mit vier Zügen angelernten Feuerwehr wegen der starken Raucherentwicklung große Schwierigkeiten machte. Acht Feuerwehrleute erlitten Rauchvergiftungen, vier davon so schwere, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Das vor einigen Tagen in der Ostsee auf der Rückkehr von einem Probeflug gestunkene Hochdruck-Großflugboot „Ramar“ ist gehoben und nach Travemünde eingeschleppt worden. Das Flugboot lag in einer Tiefe von etwa 20 Metern. Der durch das Wasser entstandene Schaden wird auf rund 250 000 RM geschätzt.